



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *PSD-Vorsitzender Pedro Santana Lopes tritt 48 Stunden nach Wahldebakel zurück*

Nachdem schon erste Anwärter ihre Kandidatur für das Amt des Parteivorsitzenden angekündigt hatten, warf PSD-Parteichef Santana Lopes (siehe Foto) nun endgültig das Handtuch. Er wird sich auf dem außerordentlichen Parteitag des PSD, der vom 8. bis 10.



April in der portugiesischen Kleinstadt Pombal nördlich von Lissabon stattfindet, nicht zur Wiederwahl stellen. Es mache Sinn, eine neue Zeit mit einem anderen Parteiführer zu beginnen, erklärte Santana Lopes. Zudem betonte er, nicht aus Obligation, sondern aus Pflichtgefühl zurückgetreten zu sein. Zu seiner politischen Zukunft machte er keine Angaben. Als aussichtsreichste Kandidaten für die Nachfolge von Santana Lopes gelten Luís Marques Mendes (47), einer der beliebtesten Politiker aus der zweiten Reihe des PSD und ehemaliger Minister unter Barroso, und Luís Filipe Menezes, Bürgermeister der Stadt Gaia. Marques Mendes erhält derzeit die größte Unterstützung

aus der PSD-Führungsmannschaft. Die ehemalige Finanzministerin unter Barroso und Kritikerin von Santana Lopes, Manuela Ferreira Leite, bezeichnete Marques Mendes als den „idealen Kandidaten“ für den PSD-Vorsitz. Zwischenzeitlich ist der als Sieger der Parlamentswahlen vom 20. Februar hervorgegangene Vorsitzende der Sozialisten, José Sócrates, vom portugiesischen Präsidenten, Jorge Sampaio, mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Bis Mitte März will der designierte Ministerpräsident sein neues Kabinett vorstellen.

>> *Spaniens Ministerpräsident Zapatero ergattert Handschlag mit Bush – Transatlantische Beziehungen Spaniens bleiben unterkühlt*

Während der Spitzenkonferenzen von EU und NATO im Rahmen des Europabesuchs von Präsident Bush erhielt Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero trotz versprochener Hilfe in Irak und Afghanistan nicht die erhoffte Aufmerksamkeit. Eine Ankündigung Zapateros, sich am Programm zur Ausbildung

irakischer Polizeikräfte zu beteiligen, sowie ein geplanter Ausbau der militärischen Hilfe in Afghanistan hatten zu Spekulationen über ein baldiges Auftauen der spanisch-amerikanischen Beziehungen geführt, die sich von dem abrupten Abzug aller Truppen aus dem Irak unmittelbar nach dem Wahlerfolg der Sozialisten noch nicht erholt haben. Der Kontakt während der Veranstaltungen in Brüssel beschränkte sich auf einen Handschlag und einen kurzen spanischen Gruß seitens Bush, der ihm „Hola, ¿Que tal, Amigo?“ – zu Deutsch etwa „wie geht’s, Kumpel“ – zurief. In den spanischen Medien und auch seitens der Opposition wurde diese Begegnung – kaum mehr als acht Sekunden, wie eine Tageszeitung berechnete – mit viel Ironie kommentiert. Zapatero bezeichnete die Begegnung hingegen als „korrekt, normal und angemessen“. Ein persönliches Gespräch war von vornherein ausgeschlossen worden. Oppositionschef Mariano Rajoy bemerkte in diesem Zusammenhang, die Außenpolitik der Regierung Zapatero würde Spanien in den Augen vieler „zur Lachnummer“ der internationalen Politik machen.

>> **Erste Bilanz der Legalisierungskampagne illegaler Immigranten in Spanien**

Der Fortschritt des am 7. Februar angelaufenen Legalisierungsprozesses, der Arbeitgebern die Mög-

lichkeit gibt – unter der Prämisse eines vorhandenen halbjährigen Arbeitsvertrages, einer Registrierung in Spanien vor mindestens sechs Monaten sowie eines leeren Vorstrafenregisters –, Arbeitsgenehmigungen für ihre illegalen Arbeiter zu beantragen, läßt nun erste Auswertungen zu. Die bislang eingereichten 50.000 Anträge lassen auf eine endgültige Zahl von bis zu 300.000 – bei geschätzten 800.000 Illegalen – bis zum Ende der Kampagne am 7. Mai schließen. Fast zwei Drittel der bisherigen Begünstigten, die vorwiegend aus Ecuador, Kolumbien, Marokko und Rumänien stammen, wurden in den Regionen Madrid, Katalonien und Valencia verzeichnet. Rund 40 Prozent arbeiten als Angestellte in Privathaushalten. Unterdessen kündigte Jesús Caldera, Minister für Arbeit und Soziales, scharfe Maßnahmen an, um den Druck auf Arbeitgeber, die weiterhin Illegale beschäftigen, zu erhöhen. Mit Start am 7. Mai will Caldera eine Kontrollwelle mit bis zu einer halben Million Inspektionen durchführen, konzentriert auf die Gebiete, die eine hohe Diskrepanz zwischen vermuteten illegalen Arbeitnehmern und tatsächlichen Legalisierungen aufweisen. Die Strafe soll bei 60.000 Euro pro illegaler Arbeitskraft liegen. Unterdessen haben die Beschwerden Deutschlands, Hollands und Luxemburgs, Spanien würde durch eine derartige Legalisierungskampagne auf unverantwortliche Weise seine EU-

Nachbarländer mitschädigen, zu einem einstimmigen Beschluss der 25 europäischen Mitgliedsländer geführt, eine Informationspflicht für derartige Maßnahmen bezüglich der Einwanderungspolitik einzuführen.

>> Uneinigkeit über den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses „11. März“ wirft Schatten auf den kommenden Jahrestag der Madrider Anschläge

Der Untersuchungsausschuss wird seinen Abschlussbericht nicht wie beabsichtigt zum Jahrestag der Madrider Terroranschläge am 11. März fertig stellen können. Der dreiteilige Bericht soll Empfehlungen zur künftigen Vorbeugung solcher Anschläge bieten, sich den Opfern widmen und die Reaktion der PP-Regierung aufarbeiten, die wenige Tage nach dem Anschlag, am 14. März, abgewählt wurde. Der damaligen Regierung José Maria Aznars, die zunächst die Terrororganisation ETA für die Anschläge verantwortlich machte, werden schwerwiegende Fehler im Umgang mit der Katastrophe vorgeworfen. Diverse Stimmen aus dem PSOE verlangen nun die vorläufige Veröffentlichung des unfertigen Berichtes bei Fortsetzung der Untersuchungen bis zur Jahresmitte über die Geschehnisse im Nachspiel des Anschlags. Dies stieß auf heftigen Widerstand beim PP, dem die Be-

gründung, man sollte zum Jahrestag eine offizielle Erklärung, die auch die Empfehlungen zur Verbesserung der Sicherheit beinhalten solle, vorweisen können, als bloßen Vorwand sieht. PP-Fraktionssprecher Eduardo Zaplana wirft dem PSOE vor, durch die höchst unübliche „Zerteilung“ der Kommissionsergebnisse lediglich die Kriminalisierung der einstigen bürgerlichen Regierung vorantreiben zu wollen, die „bereits am 12. März in Marsch gesetzt wurde“.

>> Zapatero verteidigt Handhabung des Autonomiekonfliktes im Senat. García-Escudero stellt Glaubwürdigkeit in Frage

Während der Senatssitzung am 23. Februar stellte der Fraktionssprecher des PP im Senat, Pío García-Escudero



(siehe Foto), die Motive von Ministerpräsident Zapatero bezüglich seines Verhaltens in der Frage der Unabhängigkeitsbestrebungen des Baskenlandes in Frage. Zapatero hatte die Öffentlichkeit bei der Debatte um den Ibarrexe-Plan mit dem Vorschlag eines „dritten Weges“ und später enttarnter Geheimtreffen mit den Spitzen der

regionalnationalistischen Parteien überrascht. García-Escudero warf ihm vor, „darauf bedacht zu sein, seine Verbündeten nicht zu verärgern“, die „weder unsere Verfassung, noch unser Staatsmodell befürworten“. Zapatero solle eine eindeutige Erklärung seiner Intentionen abgeben, da die Ankündigung einer „neuen konstitutionellen Etappe“ angesichts Zapateros politischer Kontakte mit extremistischen und „verfassungsfeindlichen“ Parteien zu viel „Besorgnis und Verständnislosigkeit in der Bevölkerung“ geführt habe.

>> PSOE intensiviert Zusammenarbeit mit der Vereinigten Linken in neuen Arbeitsgruppen

Die am 14. Januar von Ministerpräsident Zapatero und dem Parteichef der oppositionellen Volkspartei, Mariano Rajoy, geplante Gründung einer gemeinsamen Kommission zur Überarbeitung des Staatsmodells lässt weiterhin auf sich warten. Nichtsdestoweniger beschloss der PSOE, dessen Minderheitsregierung auf Duldung der grünkommunistischen IU, die unter anderem gegen die Europäische Verfassung ankämpfte, angewiesen ist, die Schaffung von vier Arbeitsgruppen, um sich über Fragen des Staatsmodells, Regionalpolitik, öffentlichem Fernsehen und Finanzreformen abzustimmen. „Wir sind eine starke und verantwortungsvolle politische Kraft“, so IU-Sprecher Alcaraz, die nicht im Schatten der

Sozialisten stehen werde. Trotz dieses eindeutigen Signals gab die PSOE zu verstehen, dass dieser Schritt eine Zusammenarbeit mit dem PP nicht ausschließe.

>> PP-Finanzminister in den Autonomen Regionen einigen sich auf Forderungskatalog für Finanzleistungen aus Madrid

Am 22. Februar trafen sich die Finanzminister von acht PP-regierten autonomen Regionen, um sich über gemeinsame Ziele zum „spanischen Länderfinanzausgleich“ zu beraten. Ergebnis ist die Erstellung einer 6-Punkte-Vereinbarung, die, unter den Prinzipien der Solidarität und der Anerkennung gleichwertiger Ansprüche aller Spanier auf öffentliche Dienste, gegenüber der Zentralregierung vertreten werden soll. Mit Blick auf die bevorstehende Debatte um die Reform von Autonomiestatuten und der allgemein problembehafteten Zuschussregelungen, die einzeln in bilateralen Verhandlungen ausgehandelt wurden, gewinnt das Thema nun an Aktualität. Der Forderungskatalog beinhaltet den zukünftigen Ausschluss bilateraler Verhandlungen der Zentralregierung mit einzelnen Regionen, die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Koordination der einzelnen fondverwaltenden Insti-

tutionen und die Sicherung des Status Quo europäischer Subventionen für die Regionen für den Zeitraum von 2007 bis 2013.

Meinungsumfrage zu baskischen Regionalwahlen sieht absolute Mehrheit für baskische Nationalisten voraus

Am 27. Februar wurden knapp zwei Monate vor den vorgezogenen baskischen Parlamentswahlen am 17. April Umfrageergebnisse über den Wahlausgang im Baskenland veröffentlicht. Danach kann die jetzige Regierungskoalition aus den baskischen Nationalisten PNV, EA und der kommunistischen EB mit einer absoluten Mehrheit rechnen. Bislang war die Regierung unter Regionalpräsident Ibarretxe (siehe Foto) auf die Stimmen der illegalen ETA-nahen Batasuna angewiesen, deren Parteiverbot nun voraussichtlich dem PNV zu einem höheren Stimmergebnis verhilft. Die sozialistische PSE-EE, regionaler Ableger der nationalen Regierungspartei PSOE, legt im Vergleich zu den letzten Wahlen 2001 (17,9%) zu und käme auf 22 Prozent. Die Volkspartei büßt hingegen ein und belegt mit 19,5 Prozent nur noch den dritten Platz (2001: 23,1%).



Ibarretxe (siehe Foto) auf die Stimmen der illegalen ETA-nahen Batasuna angewiesen, deren Parteiverbot nun voraussichtlich dem PNV zu einem höheren Stimmergebnis verhilft.

Die sozialistische PSE-EE, regionaler Ableger der nationalen Regierungspartei PSOE, legt im Vergleich zu den letzten Wahlen 2001 (17,9%) zu und käme auf 22 Prozent. Die Volkspartei büßt hingegen ein und belegt mit 19,5 Prozent nur noch den dritten Platz (2001: 23,1%).

Bei den Popularitätswerten im Baskenland steht Ibarretxe erwartungsgemäß auf Platz 1 mit einem Wert von 5,74 auf einer Skala von 0 bis 10. Danach folgt der sozialistische Spitzenkandidat, Patxi López (PSE-EE), mit einem Wert von 4,60. Die PP-Spitzenkandidatin, María San Gil, liegt mit 3,08 im unteren Bereich.

Die illegale baskische Batasuna, bekannt als der politische Arm der ETA, verdeutlichte abermals ihren festen Willen, an den kommenden baskischen Parlamentswahlen im April teilzunehmen. Sprecher Joseba Permach kündigte an, den Wahlkampf über den Verkauf von Kupons im Wert von je 30€ finanzieren zu wollen. Dazu soll die Gunst der Bevölkerung „von Dorf zu Dorf“ gewonnen werden. Die Volkspartei verlangt das Einschreiten der Staatsanwaltschaft, um eine derartige „Erpressung“ zu verhindern.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.

Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Philip Gafron

Stefan Reith

Design: Normann Kreuter

Postanschrift:

Paseo de la Castellana 167

28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: kasmad@gmx.net

Web: www.kas.de/espana